

Von: spritzendorfer@eggbi.eu <spritzendorfer@eggbi.eu>

Gesendet: Dienstag, 3. April 2018 11:57

An: 'presse@bmub.bund.de' <presse@bmub.bund.de>

Cc: 'BMUB Bürgerservice' <service@bmu.bund.de>; 'info@baubiologie.net' <info@baubiologie.net>; 'Kompetenzinitiative e.V.' <sekretariat@kompetenzinitiative.net>; 'ePost@bfs.de' <ePost@bfs.de>; 'info@umweltinstitut.org' <info@umweltinstitut.org>; 'info@bund.net' <info@bund.net>; 'info@gruene.de' <info@gruene.de>

Betreff: Bitte um Weiterleitung an Frau Minister Swenja Schulze Präventiver Gesundheitsschutz bei 5G

Sehr geehrte Frau Bundesminister,

4 Fragen an die neue Leitung des Ministeriums:

Von Ihrer Vorgängerin erhielt ich nach längerer Wartezeit (nachdem der damalige Bundesgesundheitsminister [jegliche Verantwortung für präventiven Gesundheitsschutz von sich wies](#) und uns an Ihr Ministerium verwies) nachstehende Antwort auf wesentliche Fragen zum präventiven Gesundheitsschutz – vor allem auch bezüglich der neuen Technologien 5G und 6G – mit absolut nicht zufriedenstellenden Antworten:

Völlig falsch die Aussage Ihres Ministeriums- Ihrer Vorgängerin

Information der Bevölkerung

„In diesem Zuge sieht die 5G-Strategie der derzeitigen Bundesregierung vor, dass „die bestehenden hohen Sicherheitsstandards **beim vorbeugenden Gesundheitsschutz** in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit **mit transparenten Informationen begleiten.**“

Tatsächlich wird bereits in Regionen ohne Wissen und ohne Information der Bevölkerung mit 5G gearbeitet -keine Spur von „transparenten“ Informationen, vielmehr verhandelte Minister Dobrindt mit der Industrie über „[Vermeidung von Überschätzungen](#)“:

Dazu unsere Aussagen:

12.10.2017

Telekom funkt mit ersten "5G-Antennen" in Berlin [Pressebericht vom 12.10.2017](#)

Ungeachtet der Warnung von Ärzten und **ohne jeglicher Risikoforschung wird hier das europäische Vorsorgeprinzip** massiv missachtet und werden "ungefragt" Bürger dem gesundheitlichen Risiko einer wesentlich erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Wir vermissen hier einen massiven Aufschrei von Verbraucherverbänden, Umweltorganisation, Antilobbyorganisationen, Umweltparteien, Gesundheitsministerium, Umweltministerium, Bundesamt für "Strahlenschutz?!" Während es für eine seriöse [Umweltmedizin und umweltmedizinische Forschung](#) kein Geld gibt, werden hier **EU weit** Milliarden für eine unerforschte Technologie investiert. Link: [Textquelle](#)

Bundesamt für Strahlenschutz

Verwiesen werden wir an das „zuständige“ Ministerium für digitale Infrastruktur – Dieses beruft sich aber wiederum bei unseren Anfragen bezüglich Gesundheitsschutz auf Aussagen des Bundesamtes für Strahlenschutz – **dieses ist aber eindeutig Ihrem Ministerium unterstellt:**

Vom Bundesamt für Strahlenschutz erhalten und finden wir wiederum bisher äußerst widersprüchliche Aussagen:
Beispiel:

Aussagen des Bundesamtes:

a) *"Die in der Zwischenzeit durchgeführte internationale Forschung hat nicht gezeigt, dass Kinder und Jugendliche empfindlicher auf elektromagnetische Felder der Funkanwendungen reagieren als Erwachsene."* (letzter Absatz Schreiben BfS 2.11.2017)

b) „Ganz besonders wichtig ist die Minimierung der Strahlenbelastung für Kinder. Sie befinden sich noch in der Entwicklung und könnten deshalb **gesundheitlich empfindlicher reagieren**.“ (Bundesamt für Strahlenschutz, Homepage)

c) *"Entsprechend dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand besteht **kein kausaler Zusammenhang** zwischen einer subjektiv empfundenen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern."* (Punkt 4 - Schreiben BfS)

Textquelle

Wir wenden uns daher mit vier Fragen an Sie mit der Bitte, Ihre Aussagen auch über unseren Presseverteiler publizieren zu können:

1. Welche **Informationen** und welche Maßnahmen präventiven Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sind nun Ihrerseits für die nächsten Monate im Hinblick auf mehr Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken der zunehmenden Bestrahlung unter anderem durch 5G, 6G geplant
2. Welche Maßnahmen wird das Ministerium unter neuer Leitung zum Schutz vor allem von Kindern unter anderem im Hinblick auf die geplante vollflächige Versorgung von Schulen mit WLAN, welche Aussage des Bundesamtes für Strahlenschutz dazu (a oder b?) halten Sie für richtig?

Hinweis: 06.02.2018 Ärzttekammer Österreich und Ärztekammer Zypern fordern Verbot von WLAN an Schulen!

aber auch der geplanten (für 5G erforderlichen Aufstellung zusätzlicher Sendestationen) 5G Einführungsmaßnahmen unternehmen –

3. Teilt das Ministerium – entgegen zahlreicher internationaler Forschungsergebnisse, Gerichtsurteile die Meinung der Bundesamtes, **es gibt keinen kausalen Zusammenhang** zwischen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern?
4. Zur Aussage Ihrer Vorgängerin: *„Die Strategie sieht überdies vor, dass der Bund die Forschungsaktivitäten im Bereich der Wirkung elektromagnetischer Felder von 5G mit Schwerpunkt auf Frequenzen oberhalb 20 GHz unterstützt.“*

Gibt es dazu zwischenzeitlich konkrete Forschungsaufträge – wenn ja

- Handelt es sich dabei um industrieunabhängige Forschungsstellen?
- werden dabei auch anerkannte Umweltmediziner, Verbraucherinitiativen einbezogen?

- oder bedeutet „unterstützen“ die Bereitstellung von Mitteln an die Telekommunikationsindustrie, mit dem Ziel die Unbedenklichkeit ihrer „Produkte“ erneut zu bestätigen?

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

SWR Fernsehbericht vom 08.03.2018 über essigsäurebelasteten Holz-Neubau in Abensberg:

SWR Mediathek



Wissen im SWR [Mehr Infos](#)

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

[Schadstoffe in Schulen und Kitas – Auflistung von über 300 Schadensfällen](#)

[online: ZDF-TV Bericht mit EGGBI Beitrag zu Schadstoffen in Schulen](#)

[Aktuelle Eigenpublikationen](#)



Online-Redaktion und Geschäftsführung:

Josef Spritzendorfer
Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Am Bahndamm 16
D 93326 **Abensberg**

[E] spritzendorfer@eggbi.eu

[T] +49 (0) 9443 700 169

[F] +49 [0] 9443 700 171

[I] www.eggbi.eu

Hinweis:

Produktauskünfte erfolgen nur schriftlich über die EGGBI Produktlisten (Link: [Produktbewertung](#))

Telefonzeiten kostenlose Beratungshotline: <http://www.eggbi.eu/service/Kostenpflichtige-Dienstleistungen> (Beratung von Gesamtprojekten, von Herstellern und Vortrags/Schulungsangebote) nach Vereinbarung.

[Information zum Bevölkerungs-Anteil: Allergiker, Umwelterkrankte, MCS Betroffene Allgemeiner fachlicher und rechtlicher Hinweis zu EGGBI Stellungnahmen/ Publikationen und Beratungen](#)

Antwort auf Anfrage vom 15.01.2018

Von: BMUB Bürgerservice <service@bmu.bund.de>

Gesendet: Dienstag, 20. März 2018 15:31

An: 'spritzendorfer@eggbi.eu' <spritzendorfer@eggbi.eu>

Betreff: Ihre Anfrage vom 15. Januar 2018

Sehr geehrter Herr Spritzendorfer,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage an die (zu der Zeit noch amtierende) Frau Bundesministerin Dr. Hendricks, um deren Beantwortung sie mich gebeten hat.

Derzeit erhält das Bundesumweltministerium (BMU) täglich viele Anfragen und Kommentare zu den verschiedensten Themen. Vor diesem Hintergrund bitten wir um Verständnis für unsere späte Antwort.

Das Bundesumweltministerium ist seit Eröffnung der Diskussionen über diese neue Technik mit der Bewertung der im Zusammenhang mit dem Mobilfunknetz 5G verbundenen Anwendungen befasst. Dabei haben wir entsprechend unserer Zuständigkeit vor allem den Schutz der Bevölkerung vor den dabei auftretenden elektromagnetischen Feldern im Blick.

Aus Sicht des BMU ist das Themenfeld des vorbeugenden Gesundheitsschutzes bereits im Zuge der Technologieentwicklung konsequent zu berücksichtigen. Gemeinsam mit der in unserem Geschäftsbereich zuständigen Fachbehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), ist uns daher die Bewertung der in Entwicklung befindlichen Anwendungen eine dauerhafte Aufgabe.

In diesem Zuge sieht die 5G-Strategie der derzeitigen Bundesregierung vor, dass „die bestehenden hohen Sicherheitsstandards beim vorbeugenden Gesundheitsschutz in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit mit transparenten Informationen begleiten.“

Die Strategie sieht überdies vor, dass der Bund die Forschungsaktivitäten im Bereich der Wirkung elektromagnetischer Felder von 5G mit Schwerpunkt auf Frequenzen oberhalb 20 GHz unterstützt. Zusätzlich sollen die Auswirkungen der neuen Technik sowie der neu aufgebauten Netze hinsichtlich ihrer elektromagnetischen Felder proaktiv untersucht werden. Entsprechender Forschungsbedarf wird derzeit vom BfS ermittelt und sicher im Forschungsprogramm der neuen Bundesregierung Berücksichtigung finden.

Für den Betrieb der Sendestationen des zukünftigen 5G-Netzes gelten – ebenso wie für die bestehenden Mobilfunknetze – die Anforderungen, insbesondere die Grenzwerte, der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV). Die Verordnung setzt auch die Empfehlungen der internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP) sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) um. Bei der Einhaltung der in der Verordnung festgelegten Grenzwerte ist davon auszugehen, dass sich durch den Betrieb der Anlagen keine nachteiligen gesundheitlichen Wirkungen auf den Menschen ergeben.

Fragen zum Zeitplan und zur Vorgehensweise bei der 5G-Einführung bitte ich Sie an das innerhalb der Bundesregierung federführend zuständige [Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur](#) zu richten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Ihr Bürgerservice im BMU

G II 3

Bürgerkommunikation des BMU

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Stresemannstraße 128 - 130, 10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 18 305-0

E-Mail service@bmu.bund.de

Internet www.bmu.bund.de

Facebook www.facebook.de/bmu

Twitter twitter.com/bmub

Instagram www.instagram.com/bmu/

Erst denken - dann drucken – der Umwelt zuliebe!

Von: Josef Spritzendorfer <spritzendorfer@eggbi.eu>

Gesendet: Montag, 15. Januar 2018 17:11

An: 'barbara.hendricks@bundestag.de' <barbara.hendricks@bundestag.de>;

'alexander.dobrindt@bundestag.de' <alexander.dobrindt@bundestag.de>; 'buergerservice@uba.de' <buergerservice@uba.de>; 'martin.ittershagen@uba.de' <martin.ittershagen@uba.de>

Cc: 'redaktion@sueddeutsche.de' <redaktion@sueddeutsche.de>; 'info@umweltinstitut.org' <info@umweltinstitut.org>; 'info@ndr.de' <info@ndr.de>; 'publikumsservice@mdr.de' <publikumsservice@mdr.de>

<publikumsservice@mdr.de>; 'aerztebrief@online.de' <aerztebrief@online.de>;

'office@europaem.eu' <office@europaem.eu>; 'NRNyberg@abo.fi' <NRNyberg@abo.fi>;

'lennart.hardell@regionorebrolan.se' <lennart.hardell@regionorebrolan.se>; 'Kompetenzinitiative e.V.' <sekretariat@kompetenzinitiative.net>; 'presse@bmub.bund.de' <presse@bmub.bund.de>;

'pr@gruene.de' <pr@gruene.de>; 'redaktion@nachhaltigkeit-bau.de' <redaktion@nachhaltigkeit-bau.de>;

'kontakt@diagnose-funk.org' <kontakt@diagnose-funk.org>; 'gerd.oberfeld@salzburg.gv.at' <gerd.oberfeld@salzburg.gv.at>; 'hanns.moshhammer@meduniwien.ac.at' <hanns.moshhammer@meduniwien.ac.at>;

'info@funkstrahlung.ch' <info@funkstrahlung.ch>;

'fernsehen@br.de' <fernsehen@br.de>; 'bund@bund.net' <bund@bund.net>

Betreff: Fragen zum Positionspapier "Digitale Netze und Mobilität" - Umwelt- und Gesundheitsrisiken
Fragen und Statements

Bitte um Weiterleitung an Frau Hendricks, Frau Krautzberger und Herrn Dobrindt

Sehr geehrte Frau Hendricks, sehr geehrte Frau Krautzberger, sehr geehrter Herr Dobrindt

Leider erhielten wir zu unseren Anfragen vom 14.09. und 17.10.2017 bis heute keine Antworten Ihrerseits zu unserer Bitte um Statements Ihrerseits zu einigen Fragen, betreffend flächendeckender Einführung von 5 G, WLAN an Schulen und Kitas – angesichts einer aktuellen Presseanfrage bei uns erlaube ich mir, unsere Anfrage nochmals an Sie zu senden!

Bisherige Antworten:

Gesundheitsministerium

Der Gesundheitsminister bestätigte seine Unterstützung von 5G und **lehnte jede politische Zuständigkeit und Verantwortung** bezüglich **präventiver**

Gesundheitsvorsorge (europ. Vorsorgeprinzip) im Hinblick auf die weiter zunehmende Strahlenbelastung **ab** (siehe auch Kapitel 6.4 Seite 12 unserer letzten [Zusammenfassung vom 15.01.2018](#))

Das Bundesamt für Strahlenschutz,

von uns separat befragt als „**organisatorisch selbstständige wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde**“ (Definition BfS Homepage) siehe auch [Kapitel 6.10, Seite 16](#)

antwortete mit einer „allgemein bekannten“ Auskunft der angeblich fehlenden nachweisbaren „Gesundheitsgefährdung“ –
http://www.eggbi.eu/fileadmin/EGGBI/PDF/Antwort_BfS_Berlin_auf_Fragen_zu_5G.pdf
aber ohne Nachweis der völligen gesundheitlichen Unbedenklichkeit.

Zitat zu fehlender Kausalität zwischen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern:

Entsprechend dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand besteht kein kausaler Zusammenhang zwischen einer subjektiv empfundenen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern. Aus diesem Grund kann die Einrichtung strahlungsfreier Bereiche nicht fachlich begründet werden.

- Bedeutet dies, dass der Appell von mehr als 180 europäischen Wissenschaftler "[EU 5G Appeal](#)" an die [EU Kommission](#), die [Europaem Leitlinie 2016 zu EMF](#) der [Europäischen Akademie für Umweltmedizin](#) ebenso aber auch **die Anerkennung von [Elektrosensitivität durch das DIMDI](#) aus Sicht des BfS wissenschaftlich nicht begründet ist???**

Zudem teilt uns das BfS mit:

also höhere Frequenzen im zweistelligen Gigahertzbereich dazu kommen. Diese zeichnen sich durch eine sehr geringe Eindringtiefe in den Körper aus, deswegen ist nicht davon auszugehen, dass sie bei Einhaltung der Grenzwerte gesundheitsrelevante Auswirkungen haben. Laufende Untersuchungen und wissenschaftliche Publikationen zu diesem Thema werden vom BfS verfolgt.

„es ist nicht davon auszugehen“...

Diese Formulierung kennen wir aus nahezu sämtlichen „Grenzwertdiskussionen der Vergangenheit“ im Bereich von Umweltbelastungen, die dann später überholt waren“ – z.B. Asbest, Holzschutzmittel, HBCD und viele andere: siehe [Beispiele jahrzehntelanger Ignoranz](#)

(Nur eine Formulierung „**gesundheitsrelevante Auswirkungen sind auszuschließen**“ würde das europäische Vorsorgeprinzip im konkreten Fall „überstimmen“ können.)

Da es bei den künftigen erhöhten Strahlungs- Belastungen (durch 5G, inzwischen auch bereits 6G und flächendeckendem WLAN vor allem auch in Schulen und Kitas) aber nicht nur um

- gesundheitliche Risiken geht, sondern auch um ebenfalls bereits wissenschaftlich dokumentierte
- **Umweltbelastungen**, siehe [Strahlenbelastung und Umwelt \(Vegetation, Tierwelt\)](#)

finden wir es extrem bedauerlich, bisher seitens des Umweltministeriums und des Umweltbundesamtes keine Stellungnahme zu den gestellten Fragen zu erhalten,

und ersuchen erneut um eine solche – auch für unsere künftigen Publikationen.

Nochmals unsere Fragen – ursprünglich gestellt an Minister Dobrindt am 22.08.2017 -
unbeantwortet:

Wir bitten Sie für unsere Internet-Informationsplattform und unsere Schriftenreihe um ein Statement Ihrerseits zu den Fragen an Minister Dobrindt:

- In welchem Ausmaß haben Sie **eine Risikobewertung bezüglich der gesundheitlichen Gefährdung der Gesamtbevölkerung** durch eine Potenzierung der Strahlenbelastung (selbst an Schulen) mit **flächendeckendem WLAN**, vor allem **aber Ihrem 5-G Programm** vornehmen lassen?
- Stellen Sie uns im Rahmen der Informationsfreiheitsgesetzen und [Umweltinformationsgesetz](#) die Ergebnisse dieser Untersuchungen zur Verfügung?
- Warum finden sich in der Plattform „Digitale Netze“ nur Ihr Ministerium und die Industrie, aber **keine Vertreter von Verbrauchern, Umweltministerium, Umweltbundesamt, Gesundheitsministerium, Umweltmediziner, Bundesinstitut für Strahlenschutz, Umweltverbände...** und in Ihrem „Wegweiser“ nicht einmal das Wort **„Strahlenschutz“** und **„Gesundheitsvorsorge“**?
- Gibt es geplante Maßnahmen zum Schutz EHS – Umwelterkrankter im Rahmen der UN Konvention für Behinderte (Punkt 4, Seite 8 aus [„Barrierefreiheit für Umwelterkrankte“](#)) -in Form „möglichst strahlungsfreier öffentlicher Räume/Plätze“ (Rückzugsmöglichkeiten für Elektro-Sensitive)

Ergänzt im Januar 2018

- Wie stehen Sie zu den Plänen, derzeit gesetzliche Abstandsregelungen von Sendestationen zugunsten 5G zu ändern? <http://www.eggi.eu/forschung-und-lehre/zudiesemthema/elektromagnetische-felder-ua/neue-mobilfunktechnologie-5g/#c1283>

Zitat: [Fokusgruppe "5G"](#)

"Die Berechnungsmethodik bei der Ermittlung der Sicherheitsabstände beim Standortbescheinigungsverfahren sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass unnötige Überschätzungen vermieden werden. Denkbar ist dabei auch die zukünftige Berücksichtigung von Gebäudedämpfungen."

Hier werden eindeutig Industrieinteressen vor Anliegerinteressen gestellt – in einer unerträglichen Industriehörigkeit übernimmt das Ministerium die Wünsche und Forderungen der Industrie. (Was bedeutet "Gebäudedämpfung" wenn die Kinder im Garten spielen?)

- Können Sie gesundheitliche Risiken durch die Einführung von WLAN – flächendeckend an Schulen ausschließen?
- Sind Sie der Meinung, das „Europäische Präventionsgesetz“ wird hier derzeit ausreichend berücksichtigt? (Es laufen ja bereits Probetriebe mit 5 G ohne entsprechender informeller und demokratischer „Einbeziehung“ der Bevölkerung)

Wir wissen, dass es angesichts der aktuellen parteiübergreifenden Forderungen nach völliger Digitalisierung derzeit politisch nicht sehr opportun ist, (selbst Bündnis90/Die Grünen wagen hier keine entsprechenden „umweltorientierten“ Antworten und unterstützen **vorbehaltlos** freies WLAN und flächendeckendes 5G) hier kritische Aussagen zu machen – erwarten aber von einem Umweltministerium und einem Umweltbundesamt dennoch eine der Zielsetzung des Amtes entsprechende, wissenschaftlich nachvollziehbare, ehrliche, **präventiv** ausgerichtete Stellungnahme und nicht nur „Vermutungen“ der Unbedenklichkeit eines untergeordneten Bundesamts für Strahlenschutz.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

Von: Josef Spritzendorfer [<mailto:spritzendorfer@eggbi.eu>]

Gesendet: **Dienstag, 17. Oktober 2017 11:40**

An: 'ePost@bfs.de' <ePost@bfs.de>; 'info@bfs.de' <info@bfs.de>; 'presse@bfs.de' <presse@bfs.de>; 'barbara.hendricks@bundestag.de' <barbara.hendricks@bundestag.de>; 'alexander.dobrindt@bundestag.de' <alexander.dobrindt@bundestag.de>; 'buergerservice@uba.de' <buergerservice@uba.de>

Cc: 'redaktion@sueddeutsche.de' <redaktion@sueddeutsche.de>; 'info@umweltinstitut.org' <info@umweltinstitut.org>; 'info@ndr.de' <info@ndr.de>; 'publikumsservice@mdr.de' <publikumsservice@mdr.de>

Betreff: AW: Betrifft Positionspapier "Digitale Netze und Mobilität" - Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Mit Bedauern muss ich feststellen, dass keine der angeführten Adressaten es der Mühe wert fand, auf unsere Fragen bezüglich Risikoversorge (europäisches Vorsorgeprinzip) zur neuen Technologie 5 G zu antworten.

Inzwischen wird bereits an – darüber nicht informierten Bürgern – beispielsweise in Berlin ein „**flächendeckender Versuch an Menschen**“ durch die Telekom durchgeführt.

<http://www.eggbi.eu/forschung-und-lehre/zudiesemthema/elektromagnetische-felder-ua/neue-mobilfunktechnologie-5g/>

Es geht uns tatsächlich überhaupt nicht um die Verhinderung neuer Technologien – soferne

- eine „gesundheitsbezogene“ Risikoabschätzung durch **neutrale** Forschungen vorliegt
- diese Forschungsergebnisse der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden
- geprüft wurde, ob es andere (gesundheitsverträglichere) Alternativen gäbe und diese auch eingesetzt werden.

Aktuell wird offensichtlich ein Appell von 180 Wissenschaftlern aus 30 Ländern an die EU Kommission

<http://www.eggbi.eu/forschung-und-lehre/zudiesemthema/elektromagnetische-felder-ua/neue-mobilfunktechnologie-5g/#c1285>

völlig ignoriert und die Planungen ausschließlich mit der Industrie besprochen

<http://www.eggbi.eu/forschung-und-lehre/zudiesemthema/elektromagnetische-felder-ua/neue-mobilfunktechnologie-5g/#c1283>

– nicht auch mit Umweltmedizin, Umwelt- und Verbraucherverbänden.

Sollte es tatsächlich zu gesundheitlichen Schäden durch 5G kommen, sind die derzeit diesbezüglich „untätigen Politiker“ und Behörden aus unserer Sicht persönlich zur Verantwortung und Haftung zu ziehen!

Missachtung des Vorsorgeprinzips an Schulen bezüglich WLAN:

Beispiel WLAN Schulen: trotz Empfehlungen, leitungsgebundene Online-Arbeitsplätze in Schulen vorzuziehen (Bundesamt für Strahlenschutz!) wird die bundesweite WLAN Einführung an allen Schulen gefördert!

<http://www.eggbi.eu/forschung-und-lehre/zudiesemthema/elektromagnetische-felder-ua/elektrosmog-in-schulen-und-kitas/>

Zitat Bundesamt für Strahlenschutz (BfS):

*"Beim Einsatz von WLAN in Schulen aus Vorsorgegründen, die WLAN Komponenten geeignet zu platzieren **und, wenn möglich, kabelgebundene Lösungen vorzuziehen!**" (Anhörung: Position 15)*

Das Schweizer Bundesamt für Strahlenschutz warnt sogar offen vor dem Einsatz von WLAN in Schulen (Pressebericht).

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

Von: Josef Spritzendorfer [<mailto:spritzendorfer@eggbi.eu>]

Gesendet: Donnerstag, 14. September 2017 09:09

An: 'ePost@bfs.de' <ePost@bfs.de>; 'info@bfs.de' <info@bfs.de>; 'presse@bfs.de' <presse@bfs.de>

Cc: 'barbara.hendricks@bundestag.de' <barbara.hendricks@bundestag.de>; 'alexander.dobrindt@bundestag.de' <alexander.dobrindt@bundestag.de>; 'buergerservice@uba.de' <buergerservice@uba.de>

Betreff: WG: Betrifft Positionspapier "Digitale Netze und Mobilität" - Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Bitte um Weiterleitung an Frau Dr. Paulini

Sehr geehrte Frau Dr. Paulini

Nachdem vom übergeordneten Ministerium und auch aus dem Ministerium für Infrastruktur bis heute keine Antwort bei uns eingelangt ist, möchten wir die Anfrage auch nochmals direkt an Sie mit der Bitte um eine Stellungnahme zu den gestellten Fragen bitten – zumal die Diskussion in der Schweiz im Gegensatz zu Deutschland öffentlich geführt wird. <http://www.badische-zeitung.de/aargau/strahlenschutz-koente-neues-netz-gefaehrden--141838838.html> und <https://www.facebook.com/wohngesundheit/posts/1479484582144666>

Nach unseren Informationen laufen in Berlin ja bereits „Versuchsprojekte“ über welche die Betroffenen (erhöhte Strahlenbelastung) nach unserer Informationen trotz internationalem Ärzteappell überhaupt nie informiert worden sind: <https://www.facebook.com/wohngesundheit/posts/1479484582144666>
Gerne werden wir Ihre Stellungnahme entsprechend publizieren.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene –

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

Von: Josef Spritzendorfer [<mailto:spritzendorfer@eggbi.eu>]

Gesendet: Dienstag, 22. August 2017 09:46

An: 'barbara.hendricks@bundestag.de' <barbara.hendricks@bundestag.de>

Betreff: WG: Betrifft Positionspapier "Digitale Netze und Mobilität" - Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Sehr geehrte Frau Bundesminister,

Ich würde mich freuen, auch Ihr Statement zu den angefügten 4 Fragen an Minister Dobrindt zu seinen „digitalen“ Plänen aus Sicht des Umwelt- und Gesundheitsschutzes für unsere diesbezüglichen Publikationen zu erhalten und werden dieses sehr gerne auch in den sozialen Netzwerken veröffentlichen. Siehe auch:

<https://www.facebook.com/wohngesundheit/posts/1466223190137472>

Mit freundlichen Grüßen

Josef Spritzendorfer

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene –

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

Online-Redaktion und Geschäftsführung:

Josef Spritzendorfer

Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

From: [Josef Spritzendorfer](mailto:Josef.Spritzendorfer@eggbi.eu)

Sent: Tuesday, August 22, 2017 8:54 AM

To: alexander.dobrindt@bundestag.de

Cc: redaktion@nachhaltigkeit-bau.de ; frank.krueger@bmvi.bund.de ; presse@bmub.bund.de ; buergerservice@uba.de ; ePost@bfs.de ; poststelle@bmg.bund.de ; info@umweltinstitut.org ; bund@bund.net ; kontakt@lobbycontrol.de

Subject: Betrifft Positionspapier "Digitale Netze und Mobilität" - Gesundheitsrisiken

Sehr geehrter Herr Dobrindt,

Zahlreiche Selbsthilfegruppen Umwelterkrankter meldeten sich in den letzten Wochen mit dem Bezug auf Ihre Aussagen zur kompletten „Bestrahlung“ (v.a. 5 G „Schlüsseltechnologie“) der Bevölkerung und zu den Inhalten des Wegweisers der Plattform „[Digitale Netze und Mobilität](#)“ deren Co-Vorsitzender Sie laut Publikation sind.

Sie bitten uns, noch vor der Bundestagswahl, die für sie von nicht unwesentliche Weichenstellung bezüglich ihrer persönlichen Gesundheit – aber auch für die Gesundheit der Allgemeinbevölkerung mit sich bringen könnte, Sie um ein Statement zu bitten zu der im Allgemeinen vorgeschrieben (z.B. im [Produktsicherheitsgesetz!](#))

„Gesundheitlichen Risikobewertung – Vorsorgeprüfung neuer Produkte und Technologien“

ob und in welchem Ausmaß bei Ihren Plänen eine solche Vorsorgebewertung stattgefunden hat – nachdem sogar das Bundesinstitut für Strahlenschutz inzwischen die gesundheitlichen Risiken übermäßiger elektrischer- und elektromagnetischer Strahlungen kommuniziert:

Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (Bfs) bestätigt tumorbeschleunigendes Potential der Mobilfunkstrahlung ([Forschungsbericht](#))

"In einer Studie an Mäusen konnten der Biologe Prof. Dr. Alexander Lerchl und sein Team nachweisen, dass durch krebserregende Substanzen verursachte Tumorraten deutlich erhöht sind, wenn die Tiere lebenslang elektromagnetischen Feldern ausgesetzt wurden, wie sie etwa Mobiltelefone erzeugen."
Dieser Satz über die vom BfS finanzierte Studie in der Presseerklärung der Jacobs Universität Bremen vom 6.3.2015 schlug in der Fachwelt wie eine Bombe ein
Dieses Studienergebnis hat eine besondere Bedeutung. Prof. A. Lerchl, ehemaliger Vorsitzender der Strahlenschutzkommission, vertrat bisher, dass von der Mobilfunkstrahlung prinzipiell keine Gesundheitsgefahren ausgehen könnten.
Diese neue Studie weist nach, dass Mobilfunkstrahlung in Verbindung mit Karzinogenen (z.B. Feinstaub, Nikotinsulfat, Pestizide, Abgase, Verbrennungsimmissionen) eine krebspromovierende Wirkung haben kann." "["Kehrtwende"](#)" (World Foundation for Natural Science)

Zitat, Punkt 4.2., Seite 8 aus [http://www.eggbi.eu/fileadmin/EGGBI/PDF/Elektro-und Elektromagnetische Felder.pdf](http://www.eggbi.eu/fileadmin/EGGBI/PDF/Elektro-und_Elektromagnetische_Felder.pdf)

Wir bitten Sie für unsere Internet-Informationsplattform und unsere Schriftenreihe um ein Statement:

- In welchem Ausmaß haben Sie **eine Risikobewertung bezüglich der gesundheitlichen Gefährdung der Gesamtbevölkerung** durch eine Potenzierung der Strahlenbelastung (selbst an Schulen) mit **flächendeckendem WLAN**, vor allem **aber Ihrem 5-G Programm** vornehmen lassen
- Stellen Sie uns im Rahmen der Informationsfreiheitsgesetzen und [Umweltinformationsgesetz](#) die Ergebnisse dieser Untersuchungen zur Verfügung?
- Warum finden sich in der Plattform „Digitale Netze“ nur Ihr Ministerium und die Industrie, aber keine Vertreter von Verbrauchern, Umweltministerium, Umweltbundesamt, Gesundheitsministerium, Umweltmediziner, Bundesinstitut für Strahlenschutz, Umweltverbände... und in Ihrem „Wegweiser“ nicht einmal das Wort „Strahlenschutz“ und „Gesundheitsvorsorge“?
- Gibt es geplante Maßnahmen zum Schutz EHS – Umwelterkrankter im Rahmen der UN Konvention für Behinderte (Punkt 4, Seite 8 aus [„Barrierefreiheit für Umwelterkrankte“](#)) -in Form „möglichst strahlungsfreier öffentlicher Räume/Plätze“ (Rückzugsmöglichkeiten für Elektro-Sensitive)

Gerne werden wir Ihre Antwort umgehend auch in den sozialen Netzwerken veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene –

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

[Schadstoffe in Schulen und Kitas – Auflistung von über 280 Schadensfällen](#)

[online: ZDF-TV Bericht mit EGGBI Beitrag zu Schadstoffen in Schulen](#)

[Aktuelle Eigenpublikationen](#)



Online-Redaktion und Geschäftsführung:

Josef Spritzendorfer

Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Am Bahndamm 16
D 93326 **Abensberg**

[E] spritzendorfer@eggbi.eu

[T] +49 (0) 9443 700 169
[F] +49 [0] 9443 700 171

[I] www.eggbi.eu

Hinweis:

Produktauskünfte erfolgen nur schriftlich über die EGGBI Produktlisten (link: [Produktbewertung](#))

Telefonzeiten kostenlose Beratungshotline: [http://www.eggbi.eu/service/Kostenpflichtige Dienstleistungen](http://www.eggbi.eu/service/Kostenpflichtige-Dienstleistungen) (Beratung von Gesamtprojekten, von Herstellern und Vortrags/Schulungsangebote) nach Vereinbarung.

[Information zum Bevölkerungs-Anteil: Allergiker, Umwelterkrankte, MCS Betroffene](#)